

INGAR SOLTY

FÜR DIE VERBINDENDE, NEUE KLASSENPOLITIK UND FÜR EINEN KLUGEN LINKEN POPULISMUS

ZUR STRATEGIEDISKUSSION DER LINKEN IN DEUTSCHLAND¹

Die Welt befindet sich im rapiden Umbruch. Die kaum überwundene ökonomische Krise kehrt massiv zurück. Sie verschränkt sich mit vielen anderen Facetten: Prekarisierung und Unsicherheit durch Arbeitsmarktreflexen, Sozialabbau, Mietenexplosion und die Digitalisierung haben eine Krise des sozialen Zusammenhalts zur Folge. Daraus entstanden ist eine Krise der repräsentativen Demokratie, die die politischen Parteiensysteme im «Westen» in teilweise atemberaubendem Tempo umpflügt und zum weltweiten Aufstieg von extrem rechten Kräften geführt hat. Die neoliberale Art und Weise, wie der Arbeitsmarkt und wohlfahrtstaatliche Arrangements umstrukturiert werden, verschärft die Krise der sozialen Reproduktion. Mit dem relativen Abstieg der USA und dem Aufstieg Chinas geht ein neuer kalter Wirtschaftskrieg einher, der die Welt immer stärker in eine Aufrüstungsspirale und einen Wettbewerb um Ressourcen und Hochtechnologien hineinzieht. All dies findet im Kontext einer sich immer stärker zuspitzenden Klimakrise statt, die das Ergebnis eines kapitalistischen Systems ist, das auf einem endlichen Planeten auf endloses Wachstum angewiesen ist. In dieser extremen Krisensituation braucht es eine starke demokratisch-sozialistische Linke, die ein breites gesellschaftliches Bündnis knüpft, die Machtfrage stellt und die unhaltbaren Verhältnisse grundlegend transformiert. Die LINKE in Deutschland steht vor der Herausforderung, eine Strategie zu finden bzw. weiterzuentwickeln, um diese Aufgabe meistern zu können. Zugleich befinden sich sowohl Bundestagsfraktion als auch Partei in einem Umbauprozess. Der folgende Text versteht sich als ein Beitrag zur Strategiediskussion der LINKEN für eine starke linke Politik in Deutschland.

1 DIE LINKE VOR EINEM NEUSTART MIT VIELEN OFFENEN FRAGEN

Sahra Wagenknecht ist nicht mehr länger Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Deutschen Bundestag. Die LINKE hat einen neuen (alten) Fraktionsvorsitz. In der Kampfkandidatur

setzte sich – zur Überraschung von vielen – Amira Mohamed Ali durch, die 2015 in die LINKE eingetreten ist, seit 2017 im Deutschen Bundestag sitzt und dort bislang die Themen Verbraucher- und Tierschutz bearbeitete. Mohamed Ali gewann gegen ihre Kontrahentin Caren Lay, die insbesondere für ihr Engagement in der Mietenthematik bekannt ist, deren Kandidatur aber manchen in der Fraktion als versuchte Einflussnahme der Parteiführung erschien.

Für andere war die Wahl von Amira Mohamed Ali die Fortsetzung des «Hufeisens», also jenem Bündnis des mehrheitlich ostdeutschen Reformflügels «Forum demokratischer Sozialismus» und der Anhänger*innen von Sahra Wagenknecht. Diese sehen sich selbst als linken Flügel, weil Wagenknecht sich lange für einen konsequenten Oppositionskurs und gegen rot-rot-grüne Parteienbündnisse ausgesprochen und ein besonderes Talent bewiesen hat, die Klassenfrage öffentlich zuzuspitzen. Dabei fiel weniger ins Gewicht, dass sich Wagenknecht in wirtschaftspolitischen Fragen zunehmend in eine sozialdemokratische Richtung entwickelt hat und man diesbezüglich nicht mehr so ohne Weiteres vom linken Flügel sprechen konnte, von Fragen der Emanzipations- und Migrationspolitik mal ganz abgesehen.

So oder so, als Fortsetzung oder Erhalt des «Hufeisens» und linker Erfolg wurde Amira Mohamed Alis Wahl auch vom Wagenknecht-Flügel gefeiert. Diether Dehm posierte gleich in der Mitte der beiden neugewählten Fraktionsvorsitzenden mit gereckter Faust. Indes avancierte Sahra Wagenknecht in der Woche nach ihrem Rückzug erstmalig zur beliebtesten Politikerin in Deutschland. Wagenknecht-Anhänger*innen haben dies zum Anlass genommen, die innerparteilichen Angriffe auf Wagenknecht, die in ihren Augen zu deren Rückzug geführt hatten, zu geißeln. Diese hätten die LINKEN ihr bestes Zugpferd gekostet.

Wagenknechts Medienpräsenz kann zweifellos nicht geringgeschätzt werden. Für viele Menschen, insbesondere außerhalb der Ballungsräume, existiert die LINKE nur durch

Wagenknecht. So funktioniert, ob es einem gefällt oder nicht, die Mediendemokratie. Zugleich aber haben sich die Prophezeiungen des Wagenknecht-Lagers, die LINKE würde ohne Wagenknecht unter die Fünfprozenthürde rutschen, auch nicht bewahrheitet. Die LINKE steht bei der Sonntagsfrage stabil zwischen 9 und 10 Prozent und mit seinem sehr moderaten Kurs holte der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow das historische Rekordergebnis von 31,0 Prozent für die Linkspartei.

Währenddessen hat die LINKE in Brandenburg und Sachsen historische Niederlagen erlitten, ganz egal, ob sie mitregierte oder in der Opposition war. Auch die Formel «Wer regiert, verliert! Wer nicht regiert, gewinnt!», die für den Zeitraum von 1990 bis 2010 Gültigkeit hatte, ist also nicht mehr so einfach aufrechtzuerhalten und den Befürworter*innen oder Gegner*innen von Regierungsbeteiligungen entgegenzuschleudern. Zugleich ist die Behauptung, dass linke Politik in «Regierungsverantwortung» sich zwangsläufig entradikalisiert oder sogar neoliberal wird, wie zwischen 2002 und 2012 in Berlin geschehen, fragwürdig geworden. Vor dem Hintergrund der eindrucksvollen Interaktion in Berlin zwischen der Linkspartei im Parlament und sozialen Bewegungen auf der Straße hat sich die Politik der LINKEN in der Regierung eher radikalisiert und für 1,5 Millionen Haushalte, deren Miete jetzt gedeckelt wird, spürbare Verbesserungen erwirkt. Etwa 170.000 Haushalte werden ihre Mieten sogar senken dürfen. Kippt das Bundesverfassungsgericht das Berliner Gesetz oder Teile davon nicht, dann wird es die Berliner Mieter*innen um 2,5 Milliarden Euro entlasten;² und niemand muss in aufreibender Arbeit die Mieter*innen über ihre Rechte informieren, weil nach dem neuen Mietendeckelgesetz, das rückwirkend ab dem 18. Juni 2019 gilt, die Immobilieneigentümer und Vermieter das selbst tun müssen.³ Dabei stützt sich diese Mietenpolitik auf eine breite Bevölkerungsmehrheit: Über 70 Prozent der Bevölkerung befürworten das Gesetz zum Mietendeckel,⁴ und fast 60 Prozent der Berliner*innen erkennen an, dass die LINKE als Partei von Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, den größten Anteil an diesem Erfolg hat.⁵ Das Berliner Modell zeigt also, wie erfolgreich linkes Regieren sein kann, wenn es sich mit außerparlamentarischen Bewegungen wie den Mieterinitiativen von Kotti & Co. bis Bizim Kiez und der Interventionistischen Linken und ihrer «Rote-Stadt-Kampagne» verbindet und wenn es auf eigenen stadtpolitischen Organizing-Kampagnen wie denen der LINKEN in der Neuköllner Gropiusstadt, einem von Großwohnsiedlungen geprägten Ortsteil von Berlin,⁶ fußt.

Die LINKE in Deutschland steht jedenfalls vor einem Neuanfang und viele offene Fragen könnten vielleicht dazu beitragen, auch wieder stärker die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten – etwas, was Amira Mohamed Ali zu tun angekündigt hat. Ihr kann dabei nur viel Glück und Durchsetzungskraft gewünscht werden.

2 AUSLAUFMODELL «MOSAIK-LINKE»? AUSLAUFMODELL «VERBINDEnde PARTEI»?

In den sozialen Medien findet derzeit eine hitzige Diskussion über die (Neu-)Ausrichtung der Partei DIE LINKE und ihrer Bundestagsfraktion statt. In der Vergangenheit waren derart ausgetragene Kontroversen oft schädlich, zum einen hinsichtlich der Außenwirkung, wenn die Debattenkultur litt, zum anderen in Bezug auf die Innenwirkung, wenn sich Genoss*innen, die sich in 98 Prozent aller Fragen und Inhalte einig sind, in der Deckung des Computerbildschirms über

die zwei Prozent Differenz zerstritten und bis aufs Messer bekämpften. Aber Linke streiten nun einmal gern, und wenn es solidarisch vonstattengeht, ist das ja auch produktiv.

Jüngst entzündete sich eine Debatte anhand eines Interviews mit Ole Rauch, Mitherausgeber des *Ada-Magazins* (ab Januar 2020: *Jacobin Deutschland*), in dem er das Konzept der Mosaik-Linken kritisiert. Dieses stammt von Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Gastprofessor am Fachbereich Soziologie der Universität Jena. Urban hatte das Konzept im Jahr 2007⁷ im Zuge der globalen Finanzkrise entwickelt. Es war es zu einem Leitbegriff für viele geworden, die ein gesellschaftliches Reformbündnis mit dem Ziel einer sozialökologischen Transformation jenseits des Krisenkorporatismus anstrebten.⁸ Das Konzept war der Versuch einer kritischen Intervention in einer Zeit, in der so etwas wie die Abwrackprämie der Bundesregierung die Gewerkschafts- und die Klimagerechtigkeitsbewegung entzweite und in der die IG Metall nach ihrem Linksschwenk in Opposition zur Agenda-2010-Politik in eine strukturkonservative Richtung und in ein Bündnis mit der Großen Koalition trieb.⁹

Das mehr als zehn Jahre alte Konzept der Mosaik-Linken ist nun heute – angesichts der veränderten Bedingungen von (Euro-)Krisenentschärfung, SPD-Zerfall, Aufstieg der AfD usw. – vielleicht nicht mehr so sehr leitgebend und strategisch wichtig für linke Politik. Aber das von Mimmo Porcaro entwickelte, verwandte Konzept einer «verbindenden Partei» – also von Parteien, die anders als die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien des 20. Jahrhunderts ohne Vorfeldorganisationen existieren und eher soziale Bewegungen verbinden – ist weiterhin ein einflussreiches Leitbild für linke Politik in Deutschland.¹⁰

Rauch kritisiert, dass die Mosaik-Linke ein Begriff dafür sei, «dass man es irgendwie akzeptiert hat, dass die Gewerkschaften eine jährliche Latschdemo mit Wurststand haben, die Linkspartei alle Jahre wieder einen bräsigen Wahlkampf macht, die SPD sich verrät und die außerparlamentarische Linke irgendwo protestiert und eingekesselt wird».¹¹ Rauch wurde aus dem Umfeld von «Aufstehen» beigeputzt: Urban habe die Linke mit diesem Konzept auf einen Irrweg gebracht. Linke Bewegungsparteien seien allerorten kläglich gescheitert. Annähernd erfolgreich gewesen sei diese Politik nur dort gewesen, wo – wie in Griechenland oder Thüringen – keine alte Sozialdemokratie mehr in Konkurrenz zu einem stehe. Hoffnung gebe es gegenwärtig nur innerhalb der klassischen Sozialdemokratien, die sich nicht als Bewegungsplattform begreifen würden, sondern als klassische Massenparteien. Nur diese seien in der Lage, auf die Klassenfragmentierung und Atomisierung des neoliberalen Kapitalismus zu reagieren.

3 PARLAMENTARISMUS VERSUS BEWEGUNGSPOLITIK, EIN FALSCHER GEGENSATZ ODER: DIE GRENZEN DER REINEN BEWEGUNGSPOLITIK

Diese Kritik mag dem Konzept der Mosaik-Linken Unrecht tun, weil es komplexer ist, als die Rezeption nahelegt. Das gilt zumal, weil Hans-Jürgen Urban in den beiden letzten Heften der Zeitschrift *Das Argument* versucht hat, es in die aktuelle Debatte der Linken zu integrieren.¹² Die Begriffskritik wäre darum anhand dieser Textgrundlagen sowie weiterer aktueller Beiträge wie einem Aufsatz von Klaus Dörre¹³ systematisch und außerhalb der sozialen Medien zu entwickeln.

Nichtsdestotrotz legt diese Kritik, so zugespitzt sie auch ist, den Finger in eine Wunde der Linken in Deutschland. Vonnöten ist die Kritik an einer sehr spezifischen Form der Bewegungsorientierung in der Linken, die sich weit weg von den Gewerkschaften abspielt, aus denen Urban heraus seinen Begriff entwickelt hat: die Kritik an einer nicht auf klassenpolitisches Organizing setzenden Bewegungspolitik im weiten Feld der gesellschaftlichen Linken. Ebenso nachvollziehbar ist darüber hinaus die Unzufriedenheit mit einem linken Handeln, dem das Gespür für Massenpolitik fehlt.

Dabei wirken schon allein die Strukturen des Parlamentarismus und insbesondere des Deutschen Bundestags einer solchen Massenpolitik entgegen. Die Abgeordneten sind nicht nur Genoss*innen, Kampfgefährten*innen für die «dritte Sache» (Bertolt Brecht), sondern auch Rival*innen: Wer darf zu welchem Thema sprechen, wer kommt mit welchem Thema in die Medien usw.? Denn von der Medienpräsenz und Profilierung hängt nicht nur das eigene Ego, sondern auch die Wiederwahl ab, was für Berufspolitiker*innen schließlich einige Bedeutung hat.

Das Ergebnis ist jedoch eine Nischenpolitik: Jeder ist letztlich gezwungen, in seinem Teilbereich (Tierschutz-, Umwelt-, Gleichstellungspolitik usw.) zu bleiben, was zulasten einer kohärenten, sektorenübergreifenden linken Politik – wie vielleicht beim Klima-Aktionsplan der Linksfraktion – geht. Zudem läuft hier der/die einzelne Abgeordnete Gefahr, den Erfolg der eigenen Politik am Applaus von «linken Lobbys» zu bemessen, etwa wenn eine kleine LGBTQI-Organisation jubelt oder auch bekrittelt, dass man beispielsweise in Fraktionspublikationen nun das Sternchen zur Kennzeichnung sexueller Diversität zugunsten des «binären» «Studentinnen und Studenten», «Arbeiterinnen und Arbeiter» streicht, weil Vorlesemaschinen für Blinde dieses Sternchen eben nicht lesen können. So gerät linke Politik dann aber in eine babylonische Gefangenschaft von x-beliebigen Journalist*innen, auf deren Wohlwollen man plötzlich angewiesen ist,¹⁴ anstatt auf das Wohlwollen breiter Bevölkerungsgruppen zu achten.

Linke Parlamentarismuskritik bedeutet jedoch nicht, dass es nicht auch an bewegungsorientierten Politikansätzen etwas zu kritisieren gäbe. Gerät die richtige, auf Antonio Gramscis Hegemonie- und Staatstheorie zurückgehende Forderung – «Die Menschen müssen sich selber organisieren, an ihrem Arbeitsplatz, in ihrem Stadtviertel, denn nur so lässt sich soziale Gegenmacht aufbauen, ohne die sich linke Forderungen im Parlament nicht durchsetzen lassen» – zum linksradikalen Glaubensbekenntnis und wird zur Formel für alles erklärt, dann ist sie nicht besonders hilfreich. Sie vergisst schlicht und ergreifend, dass es in Deutschland und auf der Welt sehr viele Menschen, eine Mehrheit gibt, die nicht ihr ganzes Leben als «Berufsrevolutionäre» oder gar Gewerkschafts-, Stiftungs- und Parteifunktionäre verbringen können. Dafür gibt es etliche gute Gründe: Zunächst einmal entscheiden sich Menschen, ihren politischen Willen zu delegieren, weil sie nicht ihr ganzes Leben der Politik widmen wollen. Dann gibt es aber sehr viele, die ihren Willen teilweise auch delegieren müssen, weil sie eine Familie zu ernähren, Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen haben, weil sie vielleicht Angst haben, sich im Betrieb zu organisieren oder auf die Straße zu gehen, weil sie Depressionen und keine Kraft haben, weil sie sich von einer «coolen» linken Szene abgestoßen oder – als zu alt – ausgeschlossen fühlen. Dabei handelt es sich aber zugleich um Menschen, die linke Politik im Sinne von konkreten materiellen Verbesserungen

ihrer Existenz zum (Über-)Leben brauchen und diese unterstützen, indem sie beispielsweise bei Wahlen links stimmen.

Vor etwas mehr als einem Jahr habe ich in einem *Jacobin*-Interview zur Lage der Linken in Deutschland¹⁵ diese Kritik mal dahingehend ausformuliert, dass manche in der bewegungsorientierten Linken und LINKEN gar keine Vorstellung davon haben, wie Veränderung konkret bewerkstelligt wird, und eine total vage Vorstellung von Bewegungspolitik haben, die letztlich auf die Formel hinausläuft:

«BlockG20 + noTTIP + Unteilbar + Seebrücke + Hambi + Ende Gelände + XR etc. x #metoo + #metwo + #unten = sozialökologische Transformation.»

In meinen Augen ist diese fehlgeleitete Politikvorstellung auch das Ergebnis der spezifischen Klassenzusammensetzung der Linken im Allgemeinen und insbesondere der politischen Kader der Partei DIE LINKE, die fast durchweg akademisch gebildet sind und die darum Politik tendenziell entlang von Ideologie her denken oder betreiben («Seid Ihr auch gegen TTIP, gegen Nazis, gegen Kohle, für Menschen in Not...? Dann kommt mitdemonstrieren! Wir werden dann immer mehr und irgendwann dann...») und Politik eben nicht entlang von materiellen Interessen denken und betreiben (Arbeit, Wohnen, Gesundheit/Pflege, Rente, Bildung, Mobilität etc.). Als Studentin oder Student lernt man, dass es wichtig ist, die richtige Idee, den richtigen Begriff, die richtige Definition zu finden, und neigt dann eben später zu einem politischen Denken und Handeln, inklusive Ansprachen, entlang von Ideologie.

4 NEUE KLASSENPOLITIK, ABER MIT WELCHER PARTEIFORM?

Es gibt jedoch eine Reihe von guten Gründen, warum linke Politik interessensbasierte Politik sein muss: Erstens, weil Ideologie formelle und politische Bildung voraussetzt und man damit zwangsläufig weniger Menschen erreicht. Zweitens ist auf Ideologie basierende Politik weniger mobilisierungsfähig, weil sie auf ein Engagement jenseits des Arbeitsplatzes und Wohnviertels angewiesen ist. Es ist aber nun einmal so, dass manche Leute an einem arbeitsfreien Samstag lieber ins Fußballstadion oder mit den Kindern zum Minigolfen gehen, als auf die «Latschdemo» nach Berlin zu fahren. Drittens hat Ideologie Grenzen, denn viele Menschen haben mit ihrem eigenen Leben oft schon genug zu tun, als dass sie für die «Rettung der Welt» auf die Straße gingen, beziehungsweise sie tun dies meist erst dann, wenn sie einen Zusammenhang zu ihrem konkreten Leben herstellen können. Das wiederum setzt jedoch eine politische Organisation entlang unmittelbarer Interessen am Arbeitsplatz und im Stadtviertel voraus, weil damit in der Regel Prozesse in Gang gesetzt werden, die das Erkennen von Kausalzusammenhängen ermöglichen, die einem vorher nicht klar oder nicht bewusst waren.

Selbstverständlich gibt es gute und schlechte Interessenpolitik: Eine Politik der Klasseninteressen, eine Klassenpolitik, darf kein kruder Ökonomismus und Klassenreduktionismus sein, der alle anderen gesellschaftlichen Fragen als irrelevant («linkes Gedöns») abtut, wie dies in Teilen der Linken leider immer noch der Fall ist. Eine neue Klassenpolitik heißt vielmehr, die vielen Fragen der Emanzipation – die Ökologiefrage, den Feminismus, den Antirassismus, die Friedensfrage – in ihren Verschränkungen mit der Klassenfrage zu stellen. Dies ist darum so wichtig, weil die Klassenfrage, insofern sie entlang des Klassengegensatzes zwischen Ka-

pital und Arbeit und entlang der Verteilungsfrage verläuft, letztlich auch darüber entscheidet, ob feministische, antirassistische, ökologische und friedenspolitische Ziele tatsächlich verwirklicht werden können. Sie entscheidet darüber, ob man nur eine Quotenregelung bei DAX-Konzernen und weibliche NATO-Bataillons bekommt oder die vollständige, ausfinanzierte Vergesellschaftung der bislang unbezahlten reproduktiven (Frauen-)Arbeit. Sie entscheidet darüber, ob man tatsächlich den Umbau der «Klimakiller-Wirtschaft» eines auf ständiges Wachstum angewiesenen Kapitalismus bewerkstelligt oder stattdessen bloß ein Plastiktütenverbot und ein faktisches Flugverbot für Arme durch unsoziale CO₂-Besteuerung bekommt oder einen Emissionshandel, das heißt einen Handel damit, welcher Konzern am meisten CO₂ in die Atmosphäre blasen darf.

Die neue Klassenpolitik ist darum eine feministische, antirassistische, ökologische Klassenpolitik, die sich durch universalistische Forderungen «für alle» auszeichnet. Diese würden bei ihrer Umsetzung der gesamten Arbeiterklasse nützen, aber zugleich am meisten den besonders Ausgebeuteten und Unterdrückten in unserer Gesellschaft. Ein Beispiel: Von der Rekommunalisierung der großen Immobilienkonzerne und dem Ausbau des öffentlichen und sozialen Wohnungsbaus profitieren alle Mieter*innen, im besonderen Maße aber geringverdienende Frauen, denen es damit zum Beispiel leichter gemacht würde, im Falle von Gewalt in der Beziehung eine eigene Wohnung zu finden. Zumindest müssten sie nicht länger allein aus finanziellen Gründen weiter mit prügelnden Partnern zusammenleben, bis sie womöglich von ihnen ermordet werden (wie etwa im Oktober 2019 in Frankfurt am Main geschehen¹⁶). Ein zweites Beispiel: Eine Erhöhung des Mindestlohns – die Partei DIE LINKE fordert bekanntlich 12 Euro – käme am Ende allen Lohnabhängigen zugute, aber überdurchschnittlich Frauen und Migrant*innen, die den Großteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor stellen.

Diese Politik hat den Vorteil, dass sie eine Politik für alle Menschen ist, die ihre Arbeitskraft für Lohn verkaufen müssen. Sie ist eine Politik «für die Vielen, nicht die Wenigen», wie es in Jeremy Corbyns Labour Party heißt. Sie ist eben keine partikulare «Sondergruppenpolitik», wie der Vorwurf der Rechten an die Linken lautet, keine Politik für Minderheiten, die mit speziellen Antidiskriminierungs- oder Förderprogrammen vor den erbarmungslosen Kräften des Marktes geschützt werden sollen, die ansonsten für alle anderen gelten – was als ungerecht erfahren werden kann, egal wie gerecht die Maßnahme im Einzelnen ist. Neue Klassenpolitik drängt hiergegen den Markt für alle zurück, wenigstens für alle Nichtbesitzenden. In diesem Sinne ist auch das «neue Normalarbeitsverhältnis» Ausdruck einer solchen neuen Klassenpolitik.¹⁷

Die LINKE ist aber heute, mit dem marxistischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas gesprochen, am Ende immer noch eine Partei des «neuen Kleinbürgertums». Es dominiert – trotz der diesbezüglichen Veränderung, die 2007 mit der Vereinigung von WASG und PDS eintrat¹⁸ – weiterhin der öffentliche Dienst usw. Dies gilt für die LINKE zwar nicht in dem Maße wie bei allen anderen Parteien, es gilt auch nicht unbedingt für ihre Wähler*innen und auch nicht einmal für ihre Mitglieder, wie sich anhand der – alle zehn Jahre erscheinenden – großen deutschen Parteimitgliederstudie (PAMIS) zeigen lässt.¹⁹ Aber es gilt doch wenigstens für ihren politikleitenden, akademisch gebildeten Funktionärsap-

parat in der Parteizentrale im Karl-Liebknecht-Haus, für die Mitarbeiter*innen der Linksfraktion im Deutschen Bundestag sowie der parteinahen Stiftung Rosa-Luxemburg-Stiftung und darüber hinaus. Es wäre daher wünschenswert, in der LINKEN die in der PAMIS-Studie konstatierte fehlende Ämterorientierung der unteren Einkommens- und Bildungsschichten zu stärken. Vielleicht sollte die LINKE auch einmal über Arbeiterquoten nachdenken.

Denn es ist zwar sicherlich richtig, dass die LINKE heute nicht einfach in die 1920er Jahre zurückkehren kann und sich quasi aus dem Nichts heraus eigene klassenbasierte Vorfeldorganisationen schaffen kann, wie Porcaro zu Recht hervorgehoben hat.²⁰ Ein Arbeitergesangsverein, ein Arbeiterturnbund, eine Arbeiterkonsumgenossenschaft und eine Arbeiterspartakiade oder wenigstens große linke Volksfeste (wie früher das UZ-Pressefest der DKP) sind nun einmal nicht in Sicht. Sie sind auch nicht leicht auf die Gegenwart des nach wie vor sozialstaatlichen Kapitalismus übertragbar, in dem anonyme staatliche Bürokratien zur Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit etc. an die Stelle der früheren Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterklasse getreten sind.

Trotzdem reicht die Formel, dass die außerparlamentarischen sozialen Bewegungen von heute – Bewegungen wie das Bündnis Mietenwahnsinn, Ende Gelände, Fridays for Future usw. – die Vorfeldorganisationen einer «konnektiven Partei» sind, nicht aus. Janis Ehling, Mitarbeiter im Büro des Parteivorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger, ist grundsätzlich beizupflichten, dass die von akademisch gebildeten Menschen getragenen sozialen Bewegungen noTTIP, Ende Gelände usw. die alten sozialen Vorfeldorganisationen nicht ersetzen können.²¹ Im Gegenteil, sie verstärken am Ende nur den «neukleinbürgerlichen Charakter» des Funktionärskörpers und treiben die Entproletarisierung linker Politik voran. Eine stärkere Repräsentanz von Nichtstudierten und von Arbeiter*innen in Führungspositionen könnte zumindest ein wenig Abhilfe für die zunehmende Desintegration tradierter gewerkschaftlich-linkspolitischer Institutionen schaffen, denn so schnell wird eine linke Partei in Deutschland sich auch keine neuen Vorfeldorganisationen aufbauen können, selbst wenn sie das anstrebt. Auch wäre eine Debatte über andere Verfahren der Einbindung in die Partei(aufbau)arbeit wünschenswert. Eventuell könnte man sich gar am Modell der belgischen Linken orientieren, wo neue Parteimitglieder beim Eintritt nicht vom Arbeitsplatz weg in Gremienarbeit gebracht werden, sondern gefragt werden, wo und wie sie sich an ihrem Arbeitsplatz für den Parteaufbau einsetzen können und mögen. Die betriebliche Verankerung wäre so im Idealfall von vornherein gegeben.

Grundsätzlich ist eine bewegungsorientierte Politik zweifellos richtig. Es fällt darum auch nicht schwer, mit der Strömung der «Bewegungslinken» in der LINKEN zu sympathisieren, die sich Mitte Dezember 2019 richtig gründen wird. Die Voraussetzung ist dabei freilich, dass hier unter Bewegungen nicht nur die neuen sozialen Bewegungen, sondern auch die alten, das heißt die Gewerkschaften, verstanden werden, so wie das innerhalb der «Bewegungslinken» etwa Violetta Bock, Thomas Goes und Michael Heldt tun, die nach dem Vorbild von «Labor Notes» in den USA «Organisieren – Kämpfen – Gewinnen» gegründet haben.²² Auch ist Bernd Riexingers Ansatz der Verankerung auf betrieblicher Ebene und damit eine Orientierung auf Arbeitskämpfe grundsätzlich richtig und unerlässlich.²³ Die Rolle der LINKEN und na-

mentlich der trotzkistischen Strömung «Marx21» bei den Arbeitskämpfen im Berliner Krankenhaus Charité mit ihren Errungenschaften bei der Personalbemessung, die eine – dann vom Landesarbeitsgericht Berlin als tariffähig bestätigte – Verschiebung der verhandlungsfähigen Themen im Interesse von Personal, Patient*innen und Gesellschaft bedeutete, kann nicht genug gelobt werden. Ohne die LINKE hätte es diese großartigen Erfolge niemals gegeben.²⁴

Allerdings bin ich mir nicht sicher, ob Bernd Riexingers lange gehegte strategische Formel «begrenzte Ressourcen = verbindende Klassenpolitik nur dort, wo man schon Bastionen hat = Gesundheitssektor» richtig ist, weil sie bedeutet, dass man riskiert, den für die sozialökologische Transformation entscheidenden Industriesektor außen vor zu lassen. Damit überlässt man den Richtungskampf den E-Autos befürwortenden «Greenwashing»-Grünen und der den Klimawandel leugnenden AfD, die weiterhin deutsche Autos an Chinas Mittelklassen verkaufen will, «egal, was der Planet denkt». Die Befunde der Studien zur Verbreitung rechtspopulistischer bzw. sozialdarwinistischer Deutungsmuster unter Beschäftigten und ihr Eindringen in einen kleinen Teil der Betriebsräte in Deutschland von Klaus Dörre et al.²⁵ sowie Richard Detje et al. in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung²⁶ stimmen diesbezüglich jedenfalls nachdenklich. Die Tatsache, dass sich Bernd Riexinger in seinem jüngsten, gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelten Papier explizit auf die Autoindustrie fokussiert hat, erscheint darum als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.²⁷

5 FÜR DIE EINHEIT VON VERBINDENDER KLASSENPOLITIK UND EINEM KLUGEN, LINKEN POPULISMUS

Zugleich bin ich – so wie ich es bereits im Rahmen der «Aufstehen»-Debatte in *ak – analyse & kritik* in fragend vorschreitender Weise formulierte²⁸ und dafür von Raul Zelik in recht orthodox-linksradikaler Weise kritisiert wurde²⁹ – immer noch davon überzeugt, dass verbindende Klassenpolitik und linker Populismus keine Gegensätze sind oder sein müssen, sondern dialektisch sich wechselseitig verstärken können und sollten. Die Frage ist bloß, welcher Linkspopulismus? Denn Linkspopulismus ist nicht gleich Linkspopulismus.³⁰

Die Aufgabe müsste darin bestehen, einen guten Linkspopulismus zu erfinden. Dies wäre ein Linkspopulismus, der nicht wie bei Wagenknecht aus einer subjektiven Defensivhaltung immer einmal rhetorisch ausgrenzt und glaubt, damit bei Wähler*innen, die zur AfD abgewandert sind, punkten zu können. Dies ist eine Strategie, die so oder so nicht funktioniert, weil sie rechte soziale Deutungsmuster legitimiert, aber keinen Wähler*innen zurückholt, denn die entscheiden sich dann ohnehin für das Original. Ein guter linker Populismus wäre einer, der wie bei Corbyn und Sanders klassenpolitisch zuspitzt und sich dabei nicht spalten lässt, sondern Probleme und Widersprüche wie etwa die existierende Konkurrenz um Arbeitsplätze und Wohnungen im transnationalisierten Dienstleistungsproletariat anerkennt und sich auch nicht scheut, die Sicherheitsfrage von links zu stellen,³¹ zugleich diese Anerkennung realer Widersprüche allerdings immer verbindet mit der Analyse und Botschaft, dass es auf jeden Fall «für alle reicht» und man sich nicht rassistisch, sexistisch, generationell, antisemitisch etc. gegeneinander ausspielen lässt.³²

Mir scheint jedenfalls immer noch, dass es ohne eine kluge Verbindung von verbindender Klassenpolitik und Linkspopulismus nicht gehen wird,³³ denn uns rennt die Zeit davon. Die Linke kann meiner Meinung nach kurzfristig nur mit einem solchen dialektischen Politikverständnis erfolgreich die Machtfrage stellen. Weiterhin unbeantwortet von seinen Befürworter*innen ist nämlich, was eigentlich der Zeithorizont von Konzepten wie Transformative Organizing oder der «verbindenden Partei» ist. Ehrlich wäre, ganz offen anzuerkennen und auszusprechen, dass der Plan, mit solchen Ansätzen grundsätzliche Veränderungen zu erreichen, viele Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte in Anspruch nehmen und mit vielen Rückschlägen einhergehen würde. Die Linke hat diese Zeit aber nicht. Den Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus wird nur eine groß angelegte Gesellschaftsreform und -transformation verhindern können, die mindestens die Qualität eines (Social and Global) Green New Deals hat. Aber die Schwäche von CDU/CSU und SPD hat zur Konsequenz, dass sich alle Parteien nur noch selbstgenügsam sind und einen solchen Anspruch auf Führung nicht einmal mehr formulieren.³⁴ Zugleich gibt uns der Weltklimarat (International Panel on Climate Change) nur noch wenige Jahre, um die Klimakrise in den Griff zu bekommen.

Vor diesem Hintergrund unhaltbarer Verhältnisse müsste die LINKE als einzige fundamental antineoliberale Kraft die Machtfrage stellen, aber die Partei DIE LINKE steckt im «Zehn-Prozent-Gefängnis». Zugleich ist die Frage, wie man zu einem R2G-Bündnis (rot-rot-grün) steht, keine rein arithmetische Frage, insofern die Grünen mit ihrem neuen Grundsatzzprogramm zur CDU und zur Marktgläubigkeit streben, während die SPD-Erneuerung jetzt schon wieder abgesagt ist. Schon allein vor diesem Hintergrund sind R2G-Träume niemals ohne die Formulierung von klaren Zielen und Programmen in Kernbereichen wie Wohnen, Mobilität, Rente, Abrüstung usw. denkbar. Ohne diese sollte man niemals in Verhandlungen mit anderen Parteien eintreten, wie das Mario Candeias in seinem Aufsatz «Linkspartei – was nun?»³⁵ richtig formuliert hat. Denn es geht nicht um R2G, es geht, wenn überhaupt, um eine Linksregierung, das heißt um die Durchsetzung spürbarer Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen. Dabei ist Skepsis angebracht, ob sich der Erfolg der in diesem Sinne linken Regierung in Berlin auf Bundesebene replizieren ließe, weil dort tendenziell die starken Bewegungen wie das Bündnis Mietenwahnsinn oder die Interventionistische Linke mit ihrer Stadt-AG fehlen, auf die sich die LINKE in Berlin stützen konnte und ohne die sich in der Regierung niemals so hätte radikalisieren können.

Kurzum, die aus dem «Aufstehen»-Spektrum formulierte Kritik an schlecht gemachter Bewegungspolitik und die Orientierung auf eine neue Klassenpolitik sind ganz allgemein richtig. Die Voraussetzung für eine produktive Auseinandersetzung damit ist aber, dass sie nicht bei einem abstrakten, rhetorischen «Zurück zum Arbeiterklassenradikalismus» stehenbleibt, sondern für sich klärt, mit welcher Parteiform (verbindende Partei oder klassische Vorfeldorganisationen-Partei), mit welcher Klassenbasis (Kader, Mitglieder, Wähler*innen) und mit welchem Verhältnis von Bewegungspolitik und Parlamentarismus das verbunden sein soll.

Das Plädoyer dieses Textes im Hinblick auf die Frage der Parteiform und ihrer Klassenbasis ist *erstens*, dass die verbindende Partei, die auf eine neue Klassenpolitik setzt, aber auf klassische Vorfeldorganisationsansätze nach dem Vorbild von KPD und SPD in den 1920er Jahren verzichten will, umso

mehr gezwungen sein wird, Parteikader aus der Arbeiterklasse herauszubilden, um der doppelten Entproletarisierung zu entgehen, die das Ergebnis der Dominanz des neuen (urbanakademischen) Kleinbürgertums im Parteiapparat und des Einflusses außerparlamentarischer Bewegungen (wie Unteilbar, noTTIP, Ende Gelände, Hambacher Forst, Seebrücke etc.) ist. *Zweitens* plädiere ich dafür, dass die Linke/DIE LINKE versuchen sollte, ein dialektisches Verständnis von verbindender Klassenpolitik und Linkspopulismus zu entwickeln. Meine Hoffnung ist es, dass ein solches Verständnis und eine entsprechende Debatte zu den vielen offenen Fragen auch dazu beitragen könnten, falsche Gegensätze zwischen «Mittelerde» (Bewegungslinke u. a.) und dem «Hufeisen» (Forum demokratischer Sozialismus, Aufstehen, «Sozialistische Linke») aufzuheben, ausgehobene Gräben wieder zuzuschütten und die jeweiligen Frontstellungen wieder abzurüsten – auch wenn dies vermutlich schwerfallen wird.

6 FALSCHES HOFFNUNGEN EINES FALSCHEN POPULISMUS ODER: DIE GRENZEN DER REPLIZIERBARKEIT DES SANDERISMUS UND CORBYNISMUS IN DEUTSCHLAND

Das Plädoyer für eine Einheit von verbindender Klassenpolitik und einem klugen, nicht ausgrenzenden linken Populismus muss zugleich aber die Linkspopulismus-Frage konkretisieren. Die Frage ist, wie und wo artikuliert sich der Linkspopulismus und welche Bündnisse sucht er. Die Zeitschrift *Jacobin* in den USA hat sich unter der Ägide von Chefredakteur Bhaskar Sunkara klar dafür entschieden, eine klassenkonfliktorientierte Sozialdemokratie (*class struggle social democracy*) zu unterstützen.³⁶ Viele haben der Versuchung widerstanden, *Jacobin* als sozialdemokratisch-reformistisch abzutun und ad acta zu legen. Das Entscheidende an Bernie Sanders war auch vor seiner Radikalisierung (von einer linken Umverteilungspolitik im Wahlkampfjahr 2016 hin zur Orientierung an weiterreichenden wirtschaftsdemokratischen Konzepten im laufenden Wahlkampf) weniger seine politische Plattform als der klassenkonfliktorientierte Ansatz.³⁷ Von den Überbleibseln der 1977 in den USA gegründeten und 2019 aufgelösten trotzkistischen International Socialist Organization (ISO) wird *Jacobin* für die kompromisslose Unterstützung von Sanders und Corbyn kritisiert. Aber der Erfolg gibt *Jacobin* recht. In den USA und in Großbritannien ist diese strategische Orientierung richtig. Das heißt nicht, dass man damit keinen Schiffbruch erleiden kann, aber sie ist angesichts der Bedeutungslosigkeit kleiner linker Sekten und der Dramatik von Klimakrise, Repräsentationskrise und Aufstieg der Rechten weltweit gegenwärtig alternativlos.

Die Frage ist jedoch, was lässt sich vom klugen, inklusiven linken Populismus eines Bernie Sanders lernen? Die Gründer*innen eines *Jacobin*-Ablegers in Deutschland haben sich stark an der strategischen Ausrichtung des US-Mutterschiffs orientiert. Dazu gehört indes auch eine immer stärkere Fokussierung auf die SPD, wie unter anderem Interviews mit SPD-Größen wie beispielsweise Norbert Walter-Borjans und Kevin Kühnert in einem von denselben Personen betriebenen Podcast zeigen.

Der grundsätzliche Impuls, sich an (ehemaligen) Massenparteien wie der SPD mit Gewerkschaftsnähe zu orientieren, ist irgendwie verständlich. Er ist besonders nachvollziehbar, wenn man aus nicht-entristischen, trotzkistischen Kleinstparteien ohne Massenbasis, aber mit umso mehr Selbstgefälligkeit stammt oder aus der oft sich selbst genügenden links-

radikalen Szene. Aber die Enttäuschung durch Sektierertum und Linksradikalismus birgt selbstverständlich auch die Gefahr, das Kinde mit dem Badewasser auszuschütten und vom Strukturalismus des «Ohne eigene Klassenpartei geht gar nichts, hier nimm mein Flugblatt!» in Voluntarismus zu kippen. Nun ist auch dieser Voluntarismus, das starke Sehnen nach politischer Veränderung jetzt, angesichts der Weltlage verständlich. Es ist derselbe Voluntarismus, der Chantal Mouffe und ihr Plädoyer für einen linken Populismus grundsätzlich antreibt,³⁸ weil es objektiv die Dringlichkeit gibt, jetzt und sofort einen «dritten Pol» jenseits von neoliberalen Zentrum und präfaschistischer Barbarei sichtbar und erfahrbar zu machen, wie Tom Stroh Schneider³⁹ und Mario Candeias es gefordert haben.⁴⁰ Denn ansonsten dürften der Aufstieg der Rechten und die Klimakatastrophe tatsächlich unaufhaltsam sein.

Die Orientierung auf die SPD seitens von Linken, die sich als Antikapitalist*innen verstehen, bringt jedoch Illusionen hervor und ist ein Holzweg. Sicherlich wird auch die LINKE in Deutschland irgendwann nicht an der Frage linker parlamentarischer Mehrheiten vorbeikommen. Dafür sind die laufenden Richtungskämpfe in der deutschen Sozialdemokratie nicht irrelevant. Hätte mit dem neu gewählten Parteiführungsduo Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken tatsächlich ein kleiner Aufstand gegen das neoliberale Bollwerk von Olaf Scholz, Seeheimer Kreis & Co. stattgefunden und würde jemand wie Kevin Kühnert einmal tatsächlich mit einer einigermaßen antineoliberalen Richtung Einfluss in der SPD gewinnen, dann wäre das begrüßenswert. Nur unter solchen Voraussetzungen wäre ein Nachdenken über eine echte, antineoliberale Linksregierung unter Beteiligung der LINKEN überhaupt sinnvoll.

Die Hoffnung jedoch, Strategien aus dem angelsächsischen Raum ließen sich einfach auf Deutschland übertragen und in der SPD könnte Ähnliches versucht werden wie in Großbritannien in der Labour-Partei oder in den USA bei den Demokraten, ist indes mit größter Vorsicht zu genießen. Denn was in den USA und Großbritannien richtig sein mag und in der dortigen jeweiligen Linken auch stark umstritten ist, ist für Deutschland falsch: Die SPD ist nicht die Labour-Partei und sie ist nicht einmal die – ja bloß quasi sozialdemokratische – Democratic Party der USA.⁴¹ Sie ist es nicht aus zwei Gründen: Der erste Grund ist, dass die USA und Großbritannien politische Systeme mit Mehrheitswahlrecht sind und in Deutschland ein Proporzwahlrecht gilt. Die Mittellinks-Parteien in den USA und Großbritannien konnten von links übernommen werden, weil es für Linke in diesen Ländern jenseits von nicht-entristischen, linken Kleinstparteien und Sekten keinerlei Chance auf eine eigene klassenbasierte Partei gab, die sich durchsetzen und die neoliberalisierte Sozialdemokratie (New Labour in Großbritannien, New Democrats in den USA) hätte ersetzen können. Die Linken in den USA und in Großbritannien waren die bemitleidenswertesten Linken im Westen überhaupt und ihre Misere manifestierte sich nicht zuletzt im Zerfall der Socialist Workers' Party in Großbritannien im Zuge des Vertuschungsskandals um eine parteiinterne Vergewaltigung. Die Ironie der Geschichte, die «List der Vernunft» (Hegel), hat aber zu einer besonderen Situation geführt: Das neoliberale Zentrum und seine Parteien sind infolge der globalen Finanzkrise politisch-institutionell so dermaßen geschwächt, dass sie von rechts mal so eben von Trump und von links mal so eben von Corbyn (real) und Sanders (potenziell) übernommen werden konnten. Dabei spielte in der britischen Labour Party eine Rolle, dass

man ein Verfahren für die Wahl des Parteivorsitzes eingeführt hatte, das eigentlich die Gewerkschaften innerparteilich entmachten sollte, aber am Ende einen krassen Linksschwenk zur Folge hatte, weil massiv junge Linke in die Partei strömten und Jeremy Corbyn wählten.⁴² Dieser Coup gelang jedoch nur, weil ein linker Hinterbänkler wie Corbyn immer noch Mitglied der Partei war, weil es für Linke wie ihn keine Linkspartei-Alternative zu Labour gab beziehungsweise die Labour-Linken um Tony Benn keine Alternative zum Verbleib in der Partei gesehen hatten. Selbst diejenigen, die wie etwa der Ralph-Miliband-Schüler und marxistische Intellektuelle Leo Panitch Benn damals kritisierten und die Gründung einer klassenbasierten Partei forderten, haben inzwischen ihr Urteil geändert und sind zu Corbyn-Unterstützern geworden.⁴³

Entgegen der Labour Party ist die SPD als altsozialdemokratische Partei in einem System mit Proporzwahlrecht nach links völlig ausgeblutet. Die SPD wird zwischen 1998 und 2021, wenn neu gewählt werden wird – weil selbst die Linken in der SPD zu feige sind, mit Walter-Borjans und Esken Neuwahlen anzustreben, um endlich wieder mal in die Offensive zu kommen – 19 (!) Jahre in der Regierung gesessen haben. Neunzehn Jahre, in denen die SPD sich von Grund auf neoliberalisierte. Die Frage ist: Welcher linke Idealist, dem soziale Gerechtigkeit und Frieden wichtig sind, hätte in den letzten 23 Jahren noch in die SPD eintreten sollen – nach dem Kosovo-Krieg, nach Agenda 2010 und Hartz IV und nach der Entstehung der LINKEN als mehr oder weniger gesamtdeutsche Linkspartei?

Die LINKE hat das linke Potenzial in Deutschland zum Schaden der SPD aufgesogen und damit deren Erneuerung verhindert, aber vielleicht – darüber könnte man zumindest diskutieren – sogar zum Schaden der gesamten Linken in Deutschland diese Rolle übernommen. Esken und Walter-Borjans, die sich – symptomatisch für dieses Ausbluten – im Kampf um die SPD-Parteispitze wanden, ständig entschuldigend, herzerzerrend wenig Angriffslust gegen Olaf Scholz, die Inkarnation der Agenda-2010-SPD, zeigten und schon nach ihrem Triumph die Hand versöhnlich dem neoliberalen Funktionärsestablishment reichten und die «Parteiinheit» beschworen, wie auch Balhorn einräumt,⁴⁴ sind kein Jeremy Corbyn. Auch wenn Walter-Borjans' Kauf der Steuerhinterzieher-CD als damaliger Finanzminister von Nordrhein-Westfalen Hochachtung verdient und er mit seiner Kritik an der «schwarzen Null» zweifellos die bessere Wahl war als der Agenda-2010-und-schwarze-Null-Vertreter und Kapitaleliten-Favorit Olaf Scholz,⁴⁵ sind «Nowabo» und Esken niemand, die über Jahrzehnte als Hinterbänkler immer gegen ihre eigene Partei gestimmt hätten, und «Nowabo» ist auch nicht der «Sanders aus Köln-Sülz» (DER SPIEGEL).⁴⁶ Bernie Sanders ist ja im Übrigen immer ein «Independent» gewesen. Selbst Ottmar Schreiner hätte diese Rolle wohl nicht mehr spielen können. Und was linken Politikerinnen in der SPD passieren kann, die auf Erneuerung setzten, hat Andrea Ypsilanti aufs Bitterste erfahren müssen, als die SPDler vom rechten Seeheimer Kreis sie bei ihrer Wahl zur hessischen Ministerpräsidentin in einer rot-rot-grünen Regierung hinterrücks «erdolchten». Für den Fall der Wahl von Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken an die SPD-Spitze hatten diese ihren Genoss*innen schon mal mit einem «Bürgerkrieg» gedroht.⁴⁷

Wer die Gelegenheit hatte, Gespräche mit einflussreichen Leuten aus der SPD-Grundwertekommission zu führen oder Gewerkschaftsseminare im Süden und Südwesten Deutschlands, wo die SPD noch die alleinige Linkspartei ist, der hat

erfahren müssen, dass in der SPD die Substanz für eine Erneuerung verlorengegangen ist. Technokratie, kurzfristige Taktiererei sowie Opportunismus herrschen vor – und ein Bewusstsein, dass man auch als Linker nicht zu groß gegen das Bestehende opponieren könne, weil man es eben seit 1998 fast durchgängig selbst zu verantworten hat und weil man am Ende ohnehin an einer Großen Koalition nicht vorbeikommt. Selbst Nils Heisterhagen, den manche nach seinem Buch «Die liberale Illusion» für einen Hoffnungsträger gehalten und ihm eine Erneuerung der SPD zugetraut hatten,⁴⁸ hat – wie er auf Facebook zu erkennen gab – in der Parteivorsitzenden-Wahl für Olaf Scholz gestimmt.

Das heißt nicht, dass es im sozialdemokratischen Umfeld, insbesondere in der Friedrich-Ebert-Stiftung, nicht zahlreiche ernsthafte antineoliberale Linke mehr gäbe. Sie sammeln sich um das *IPG-Journal*, den Matthöfer-Preis usw. Aber einen Einfluss auf die Partei haben sie nicht, umso schärfer wohl auch ihre Kritik, denn sie muss – man denke an das Beispiel Wolfgang Streeck – plötzlich keine Kompromisse mehr machen und nicht mehr taktieren. Es gibt natürlich zweifellos auch noch Linke an der SPD-Basis, insbesondere dort, wo die LINKE wenigstens parlamentarisch (noch) keine Rolle spielt (wie etwa in Baden-Württemberg oder Bayern). Aber die SPD könnte niemals mehr einen vergleichbaren Begeisterungssturm auslösen – mit Hunderttausenden Neueintritten wie unter Corbyn, mit Zehntausenden Digital Natives und Millennials, die mit der Bewegung «Momentum» Druck auf die Partei ausüben. Zudem droht die SPD gerade in die «Einstelligkeit» abzurutschen, was bedeutet, dass sie ihren Nimbus als alleinige Herausforderin der Kanzler(in)-Partei an die bürgerlichen Grünen bzw. an alle anderen Parteien verloren hat. Hinzu kommt, dass wir in Zukunft auch hier mit US-amerikanischen medialen Debattenformaten im Wahlkampf rechnen müssen, zu denen die Kanzlerkandidat*innen bzw. Parteiführer*innen aller im Bundestag vertretenen Parteien eingeladen werden – was wiederum unterstreicht, dass charismatische Führungsfiguren auch für linke Politik eine hohe Bedeutung haben, egal, ob einem das passt oder nicht.

Der zweite, nach dem politischen noch gewichtigere Grund, warum das Setzen auf die SPD ein Irrweg ist und wir hier nicht einfach von Corbyn und Sanders lernen können, hat mit einem weiteren Unterschied zwischen den USA/Großbritannien und Deutschland zu tun. In sozioökonomischer Hinsicht haben die USA und Großbritannien mehr mit Spanien, Italien und Portugal gemein als mit Deutschland. Deutschland ist keine «Abstiegsgesellschaft», wie dies selbst Oliver Nachtwey in seinem Buch entgegen dessen Titel eingeräumt hat. Die deutsche Gesellschaft ist, mit Nachtwey selbst gesprochen, eine «Rolltreppe-abwärts-Gesellschaft», in der die Menschen beim Versuch, in den Mittelklassen zu bleiben, sich immer mehr anstrengen müssen.⁴⁹ Obwohl in Deutschland also die Angst vor der Erosion der Mittelklassen vorherrscht (Digitalisierung = Hochlohnjobverlust = Hartz IV nach 12 bzw. 18 Monaten Erwerbslosigkeit), verfügt es zugleich immer noch über eine starke industrielle Basis und so etwas wie Flächentarifverträge. In den USA und Großbritannien dagegen ist der Zerfall der Mittelklassen, insbesondere für die Millennials, angesichts von Deindustrialisierung, Gewerkschaftsschwäche, horrenden Studiengebühren und extremer Verschuldung längst Fakt. Und während die Zentrumsländer der Europäischen Union in der Eurokrise tendenziell einen Rechtsruck vollzogen, weil sich hier besitzstandswahrende Mitte-oben-Bündnisse herausbildeten (gegen die

hungrigen Mäuler aus Griechenland, Syrien und von Hartz IV), rückten die Länder an der südlichen EU-Peripherie eher nach links, weil hier angesichts der dramatischen Verluste der Mittelklassen Mitte-unten-Bündnisse entstanden.⁵⁰

In Deutschland sind wir von solchen Mitte-unten-Bündnissen heute weit entfernt, denn Deutschland hat weder die gleiche sozioökonomische Grundstruktur wie die USA und Großbritannien noch gibt es in Deutschland das Linkspopulismus-Potenzial des Mehrheitswahlrechts. Trotzdem bedarf es für eine erfolgreiche linke Politik auch in Deutschland solcher Bündnisse, wenn die Linke den Status quo mit einem Green New Deal, das heißt einer grundlegenden sozialökologische Transformation überwinden will. Aber dafür muss die LINKE mehr auf sich selbst und auf die spezifische politische Ökonomie und politische Soziologie Deutschlands schauen. Nur so können Projekte und Strategien entwickelt werden, die tatsächlich greifen.

Die vom *Jacobin*-Herausgeber Bhaskar Sunkara vertretene Leitlinie mag für die USA richtig sein, für Deutschland ist sie kein Modell. Was die LINKE in Deutschland gerade richtig macht, ist die Konzentration auf die Mietenthematik. Hätte sich Caren Lay in der Wahl zur Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag durchgesetzt, hätte dies entsprechend auch Vorteile gehabt, weil das ihr Thema ist. Noch sieht man nicht, wie Amira Mohammed Ali in diesem Sinne die linke Wahl ist, aber das kann ja noch werden, und sie verdient dafür alle Unterstützung. Bei der Mietenthematik jedenfalls schimmert ja bereits in Keimform ein Mitte-unten-Bündnis auf, weil Deutschland eben ein Mieterland ist. Das heißt, dass auch viele Journalist*innen, die sich ansonsten bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik oft schön nach unten abgrenzen und den Arbeitgeberverbänden nacheifern, vom Mietentwahn betroffen sind, weshalb das Thema eine ganz andere Aufmerksamkeit erhält. In diese Richtung lohnt es sich weiterzuarbeiten. Dazu gehört aber auch, dass die Linke – bei aller Begeisterung für Sanders und Corbyn, die der Autor teilt – mehr auf sich, auf die Linke und LINKE schaut, ihre relative Schwäche aushält und gemeinsam nach Wegen sucht, zwischen den beiden Polen verbindende Klassenpolitik und Linkspopulismus einen dialektischen Politikstil zu entwickeln, der den hiesigen Verhältnissen angemessen ist.

Ingar Soltý ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Für wichtige Hinweise und nützliche Anmerkungen zu einer früheren Fassung dieses Textes bin ich Michael Brie, Mario Candeias, Judith Daniel, Martin Glasenapp, Thomas Goes, Klaus Pickshaus, Rainer Rilling, Hans-Jürgen Urban und Fanny Zeise zu Dank verpflichtet. **2** Paul, Ulrich: Mietendeckel entlastet Berliner Mieter um 2,5 Milliarden Euro, in: Berliner Zeitung, 26.11.2019, unter: www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/mietendeckel-entlastet-berliner-mieter-um-25-milliarden-euro-li.2072?fbclid=IwAR3180gv2A7hFvXJ3sUk6Gg-QT8Vob4dV6yJSP3DN3s_uoYF40PpbkQNe0. **3** Sustr, Nicolas: Vermieter müssen über Deckel informieren, in: neues deutschland, 22.10.2019, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1127497.mietendeckel-vermieter-muessen-ueber-deckel-informieren.html. **4** Mehr als zwei Drittel der Berliner finden den Mietendeckel gut, in: Radio Berlin Brandenburg 24, 22.11.2019, unter: www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/11/berlintrendumfrage-mietendeckel-entgeignungsinitiative.html. **5** Tretbar, Christian: Nur die Linke profitiert vom Mietendeckel, in: Der Tagesspiegel, 31.10.2019, unter: www.tagesspiegel.de/berlin/exklusiv-civey-umfrage-nur-die-linke-profitiert-vom-mietendeckel/25174548.html. **6** Vgl. hierzu ausführlich Kaindl, Christina/Nagel, Sarah: Da, wo es brennt. Die Linke als organisierende Partei vor Ort, in: LuXemburg 2/2019, S. 92–97. **7** Urban, Hans-Jürgen: Mosaiklinke, in: Mehring1: Das Blog des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 6.10.2007, unter: <https://ifg.rosalux.de/2007/10/06/mosaiklinke/>. **8** Urban, Hans-Jürgen: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai 2009, unter: www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/mai/die-mosaik-linke. **9** Vgl. Urban, Hans-Jürgen: Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt-Kapitalismus. Der Fall Deutschland, in: WSI-Mitteilungen 63 (2010) 9, S. 443–450. **10** Vgl. Porcaro, Mimmo: Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft, in: LuXemburg 3-4/2011, S. 28–35; ders.: Was eine Partei alles können muss. Replik auf Mario Candeias und Jan Rehmann, in: LuXemburg 2/2013, S. 142–145. **11** Breyer, Till: Die Gegenwart von links erzählen. Im Gespräch mit dem *Jacobin*-Herausgeber Ole Rauch, in: Literaturwissenschaft in Berlin, 21.11.2019, unter: [https://literatur-](https://literaturwissenschaft-berlin.de/die-gegenwart-von-links-erzaehlen/)

[wissenschaft-berlin.de/die-gegenwart-von-links-erzaehlen/](https://literaturwissenschaft-berlin.de/die-gegenwart-von-links-erzaehlen/). **12** Vgl. Urban, Hans-Jürgen: Vorlauf zu einem HKWM-Artikel «Mosaik-Linke», in: Das Argument 331, 1/2019, S. 19–32; ders.: «Mosaik-Linke» in der Bewährungsprobe, in: Das Argument 332, 2/2019. **13** Dörre, Klaus: Mosaik-Linke und demokratische Klassenpolitik – (un)vereinbar?, in: Das Argument 331, 1/2019, S. 38–51. **14** Lehmann, Anna: Linke will aufs Gendern verzichten, in: die tageszeitung, 3.9.2019, unter: <https://taz.de/Barrierefreie-Kommunikation-im-Netz/!5619787/>. **15** Vgl. ausführlich Bakotin, Jerko: Talking About Power. An Interview with Ingar Soltý, in: Jacobin, 5.1.2019, unter: www.jacobinmag.com/2019/01/germany-social-democratic-party-spd-aufstehen-die-linke. **16** Gärtner, Kolja/Steuer, Michaela: Blutat in Frankfurt, in: BILD, 11.10.2019, unter: www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/frankfurt-bornheim-frau-24-auf-der-strasse-erstochen-65273630.bild.html. **17** Riexinger, Bernd/Becker, Lia: For the many, not the few: Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 9/2017. Zur Diskussion über die neue Klassenpolitik vgl. auch Riexinger, Bernd: Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen, Hamburg 2018; sowie den Sammelband von Friedrich, Sebastian: Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus, Berlin 2018. **18** Vgl. Soltý, Ingar: The Historic Significance of the New German Left Party, in: Socialism & Democracy, 22 (2008) 1, S. 1–34. **19** Klein, Markus u. a.: PAMIS. Die deutsche Parteimitgliederstudie, 2017, unter: www.parteimitgliederstudie.de/. **20** Porcaro: Linke Parteien. **21** Vgl. Ehling, Janis: Die Linke – Verlust der Arbeiterklasse?, in: Die Freiheitsliebe, 11.8.2019, unter: <https://diefreiheitsliebe.de/politik/48082/>. **22** Vgl. Goes, Thomas: Organisieren – Kämpfen – Gewinnen. Ein nützlicher Ansatz für den betrieblichen Alltag, in: SoZ 10/2016, unter: www.sozonline.de/2016/10/organisieren-kaempfen-gewinnen/. **23** Vgl. auch diese strategische Grundorientierung in Becker, Lia: Kämpfe um Arbeit – Verankerung in Gewerkschaften stärken, in: Bewegungslinke.org, 3.5.2018, unter: <https://bewegungslinke.org/lia-becker-kaempfe-um-arbeit-verankerung-in-gewerkschaften-staerken/>. **24** Vgl. Wolf, Luigi: «Patienten wegstreiken». Arbeitskämpfe an der Charité, in: LuXemburg 1/2013, S. 58–63. **25** Vgl. Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a. M./New York 2018. **26** Vgl. Sauer, Dieter/Stöger, Ursula u. a.: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg 2019. **27** Riexinger, Bernd: Sichere, sinnvolle und gut bezahlte Arbeit in der Industrie. Der linke Green New Deal für die Mobilitätswende und eine «soziale, ökologische und demokratische Transformation» der Auto-Industrie. Entwurf eines Papiers für den Parteivorstand von DIE LINKE, im Erscheinen. **28** Vgl. Soltý, Ingar: Die Machtfrage stellen! Cäsaristische Sehnsüchte und linkes Unbehagen, in: ak – analyse & kritik, Nr. 639/2018, S. 16. **29** Vgl. Zelik, Raul: Bewegung ohne Basis, in: ak – analyse & kritik, Nr. 640/2018, S. 12. **30** Vgl. Soltý, Ingar/Alban, Werner: Der indiskrete Charme des Linkspopulismus, in: Das Argument 316, 2/2016, S. 273–285. **31** Vgl. Soltý, Ingar: Sicherheit – ein heißes Eisen für die Linke?, in: LuXemburg 1/2016, S. 58–65. **32** Zur Unterscheidung von «gut und schlecht gemachtem Populismus» vgl. Soltý/Werner: Der indiskrete Charme, S. 284 f. sowie Goes, Thomas/Bock, Violetta: Ein unangeständiges Angebot. Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte, Köln 2017, S. 15 f. **33** Vgl. hierzu ähnlich Candeias, Mario: Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Melanchon, Iglesias (ein indirekter Kommentar zur Kampagne von #Aufstehen), in: LuXemburg, Oktober 2018, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/populistisches-momentum-lernen-von-corbyn-sanders-melanchon-iglesias-ein-indirekter-kommentar-zur-kampagne-von-aufstehen/. **34** Vgl. Soltý, Ingar: Terror mit Ankündigung. Steigen die Konservativen in Deutschland zum zweiten Mal nach den 1930er Jahren in denselben Fluss und koalieren mit der äußersten Rechten?, in: der Freitag, 6.11.2019, unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/terror-mit-ankueundigung. **35** Candeias, Mario: Linkspartei, was nun? Drei Vorschläge für eine Strategiediskussion, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkt 9/2019, Berlin 2019, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_09-2019.pdf. **36** Sunkara, Bhaskar: The Socialist Manifesto. The case for radical politics in an age of extreme inequality, New York 2019. **37** Soltý, Ingar: Sanders' Sozialismus, in: ak – analyse & kritik, Nr. 613/2016, S. 1 u. 6. **38** Mouffe, Chantal: For a Left Populism, London/New York 2019. **39** Strohschneider, Tom: Die Schwäche des dritten Pols, in: neues deutschland, 14.3.2016, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1005061.die-schwaeche-des-dritten-pols.html. **40** Candeias, Mario: Den «dritten Pol» wieder sichtbar machen, in: neues deutschland, 22.4.2016, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/1009532.den-dritten-pol-wieder-sichtbar-machen.html. **41** Vgl. Soltý, Ingar: The Road Not (to Be) Taken. Why There is No Linkspartei in the USA. The American Sonderweg and the Structural Barriers to Popular Third Parties in the U.S. Political System, in: Capital & Class 32 (2008) 1, S. 49–70; ders.: Why Is There Now Socialism in the United States?, in: The Bulletin, 6.6.2019, unter: <https://socialist-project.ca/2019/06/why-is-there-now-socialism-in-the-united-states/>. **42** Vgl. Soltý, Ingar: Getragen von der Corbymania. Ist der neue Labour-Chef Jeremy Corbyn der erste Nagel im Sarg der neoliberalen Sozialdemokratie?, in: ak – analyse & kritik, Nr. 609/2015, S. 20. **43** Vgl. Leys, Colin/Panitch, Leo: The End of Parliamentary Socialism. Transforming the Labour Party from Benn to Blair to Corbyn, London/New York 2019. **44** Vgl. Balhorn, Loren: The SPD's New Leaders Need to Go Much Further, in: Jacobin, 3.12.2019, unter: www.jacobinmag.com/2019/12/spd-germany-election-social-democratic-party-eskabo. **45** Vgl. Abdi-Herrie, Sasan: Wirtschaftselite für Kanzlerkandidaturen von Merz und Scholz. Ergebnisse einer Allensbach-Umfrage, in: ZEIT ONLINE, 21.11.2019, unter: www.zeit.de/wirtschaft/2019-11/grosse-koalition-cdu-spd-volksparteien-schwaeche?fbclid=IwAR2JWYUbeB0DUa0C0fVlr9h5p62_aqd4DTpCuoA54xovUzAlu7rQLtT10N8. **46** Eberle, Lukas/Teews, Christian: Der Bernie Sanders aus Köln-Sülz, in: DER SPIEGEL, 2.11.2019, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-kandidat-norbert-walter-borjans-der-bernie-sanders-aus-koeln-sulz-a-1294443.html. **47** Vgl. Reeder, Barbara: Stichwahl wird wegweisend für den Kurs der SPD, in: Südwestdeutscher Rundfunk Aktuell, 27.10.2019, unter: www.swr.de/swraktuell/Mitgliederbefragung-bei-der-SPD-Wer-soll-es-machen-spd-partei-vorsitz-106.html. **48** Vgl. Heisterhagen, Nils: Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen, Bonn 2018. **49** Nachtwey, Oliver: Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin 2016, S. 165. **50** Vgl. ausführlich Soltý, Ingar: Die politische Artikulation der globalen Krise heute. Politische Polarisierung, «dritter Pol», Sanderismus und Corbynismus, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 107, 2016, S. 8–18.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 12/2019 erscheint online

und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3171

Redaktionsschluss: Dezember 2019

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation